

"Schumachers Opposition" in Die Gegenwart (1. Mai 1951)

Legende: Am 1. Mai 1951 analysiert die deutsche Zeitschrift Die Gegenwart die Kritik, die Kurt Schumacher, Vorsitzender der westdeutschen Sozialdemokratischen Partei (SPD), an der zukünftigen, im Schuman-Plan vorgesehenen europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl äußert.

Quelle: Die Gegenwart. Hrsg. Brück, Max von; Freund, Michael; Haerdter, Robert; Hauenstein, Fritz; Küsel, Herbert; Oeser, Albert; Reifenberg, Benno; Sieburg, Friedrich ; Herausgeber Reifenberg, Benno. 01.05.1951, Nr. 130; 6. Jg. Freiburg im Breisgau: Die Gegenwart GmbH.

Urheberrecht: (c) Die Gegenwart

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"schumachers_opposition"_in_die_gegenwart_1_mai_1951-de-598cf9da-3ad5-4783-a88d-c58d4265df53.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 20/09/2012

Schumachers Opposition

Der Leiter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands macht die Annahme der Europäischen Montanunion von Bedingungen abhängig, die faktisch von keiner deutschen Regierung zu erfüllen sind. Im Grunde fordert Schumacher das sozialisierte Europa. Mit einer Art Verzweiflung über alle die gescheiterten oder steckengebliebenen Versuche, der Nachkriegswelt eine neue wirtschaftliche und geistige Ordnung zu geben. Da wird das selbst von Labour verweigerte britische Engagement auf dem Kontinent gefordert; da soll eine europäische Planwirtschaft erstehen, obwohl in den westlichen Staaten die Marktwirtschaft vorherrscht; da soll als Kontroll-Instanz ein „internationales demokratisches Parlament“ den Schneckengang des Europa-Rates beschämen. Was veranlaßt einen Politiker von der Scharfsinnigkeit Schumachers, solche Forderungen aufzustellen? Ihre Formulierung, die übrigens nicht ganz seinen Stil verrät, erscheint vor dem zur Debatte stehenden Kohle-Stahl-Abkommen wie das Fernziel einer sozialistischen Welt und verliert sich zugleich ins Utopische.

Kurt Schumachers derzeitige Opposition nimmt heftige, ja schrille Töne an, als werde sie von dem Gefühl beherrscht, nicht mehr verstanden zu werden. Als sei es der Sozialdemokratischen Partei nie so dringlich auferlegt, ihre Grundvorstellung des Wohlfahrtsstaates lebendig zu halten. Dieses alarmierende Gefühl ist begreiflich: Die Labour-Party verliert nach einer eindrucksvollen Regierungszeit an innerem Zusammenhalt; sie hatte soziale Verantwortung und national-wirtschaftliche Unabhängigkeit unter exemplarischer Selbstdisziplin des Landes durchgekämpft, nun reißen Rüstungsnotwendigkeiten wie Sturzbäche tiefe Furchen in das für lange und friedliche Fristen wohlbestellte Feld; zögernd sehen sich die Konservativen der Regierungspflicht nähergerückt. In Frankreich gipfelt das Schicksal der IV. Republik zunächst in dem Versuch der bürgerlichen Parteien, mit Hilfe eines neuen Wahlsystems die Kommunisten aus dem Sattel zu heben; dabei bestimmen keineswegs die Sozialisten das Bild. Die Grundsätze, nach denen die Vereinigten Staaten den Europäern zur Seite stehen, haben privatwirtschaftliche Züge von solcher Heftigkeit, daß der hier waltende Doktrinarismus es mit dem sozialistischer Vorstellungen wohl aufnehmen kann.

Die SPD muß sich in der Tat wenn nicht geschlagen, so doch in Verteidigung gedrängt fühlen. Sie, die einmal, als die Sowjetrussen noch die lieben Alliierten der Westmächte waren, im Deutschland nach der Katastrophe dem Kommunismus die empfindlichste Niederlage beigebracht hat, erlebt nun seit langem und augenscheinlich unaufhaltsam die Kräftigung des bürgerlichen Deutschlands, und sie erlebt weiter, daß dieses Deutschland zwischen sich und „links“ eine Kluft entstehen läßt, in der die besten politischen Kräfte der Nation abzustürzen drohen. Bei dieser Entwicklung, die seit 1948, seit der schwindenden Last der Zwangsbewirtschaftung, viel Verführerisches hatte, wuchs die Notwendigkeit nicht nur gegenüber den Kommunisten und dem Bürgertum, sondern auch gegenüber der eigenen Partei, das wirtschaftliche und gedankliche Programm eines modernen Sozialismus neu zu formulieren. Die Riesenleistung an Energie und Schlagkraft, die Schumacher für sich buchen kann, hat jedoch jene Neuformulierung noch nicht gebracht. Er mag da einen Rückstand verspüren. Vielleicht auch quält es ihn, daß nicht er, sondern eben Adenauer, der ihm als die Verkörperung einer vergangenen deutschen Epoche erscheinen wird, die Chancen wahrzunehmen hat, die nun einmal zweifellos in dem Plan des französischen Außenministers stecken. Die Art, wie der Führer der Sozialdemokratie jetzt seine Opposition angelegt hat, verrät Unrast; sie ist daher weniger wirkungsvoll, als sie der Sache nach hätte sein können. Schumacher wirkt bisweilen so, als erscheine ihm alles, was mit dem Schuman-Plan zusammenhängt, wie ein riesiger Popanz des „Kapitalismus“. So konnte es geschehen, daß hingegen der Deutsche Gewerkschaftsbund ausdrücklich erklärt, er stehe der Grundidee des Schuman-Plans positiv gegenüber, wie die Gewerkschaften auch ein Hauptgegenargument Schumachers, die Auflösung des Deutschen Kohlenverkaufs (DKV), entkräftet haben: mit ihrer Mitwirkung werde in Paris behutsam eine zweckentsprechende Nachfolgeorganisation gebildet. Auch hier mag der Führer der Sozialdemokratie eine wachsende Vereinsamung spüren.

Das alles ist sehr schade. Denn an und für sich ist es für den jungen deutschen Parlamentarismus von höchstem Wert, wenn eine überzeugende Form der Opposition ihm vorgelebt wird. Zum ändern kann man dem Volk gar nicht deutlich genug die wirtschaftliche Tragweite politischer Entscheidungen darstellen. Je kühler Schumacher bleiben würde, um so nachdrücklicher würden vor aller Augen die Probleme erscheinen, denen die sozialistische Aufmerksamkeit gewidmet sein muß. Das Emotionale, das in Schumachers Äußerungen immer mitschwingt, birgt zudem die besondere Gefahr, die psychologische Situation zwischen

Deutschland und Frankreich zu verschlechtern. Worüber anlässlich des Saarproblems noch ein Wort zu sagen sein wird.

Dem Mißtrauen Schumachers gegenüber den innersten französischen Absichten der Montan-Union werden wahrscheinlich schwerindustrielle französische Bedenken gegenüber der deutschen Arbeitspotenz und den Standort-Vorteilen der deutschen Produktion die Waage halten. Natürlich hatten Robert Schuman und Monnet nicht nur im Sinn, einem künftigen Europa Opfer zu bringen, sondern auch und vor allem die französische Industrie vor der zu erwartenden deutschen Konkurrenz zu wappnen. Beide Partner konnten dabei von einem Arrangement Vorteile haben: die Franzosen würden den Koks für ihre Schwerindustrie zu gleichem Preise beziehen wie die Ruhrstahlwerke, die Deutschen würden im Rahmen des Zollvereins, auf den die Montan-Union praktisch hinausläuft, die lästigsten Kontrollinstanzen der Alliierten schneller los. Nun hält Kurt Schumacher die „Hohe Behörde“ für genau so gefährlich wie die Ruhrbehörde der Hochkommissare. Aber es ist doch fraglich, ob man die Instanzen, die ihrerseits — als parlamentarischer Rat, als Ministerrat und als Gerichtshof — die Hohe Behörde überwachen, ja zum Rücktritt zwingen können, so gering einschätzen darf. Gemessen am internationalen Stahlkartell von 1926 bringt die Montan-Union im Schuman-Plan die Vorteile einer öffentlichen, hoffentlich vernünftigen demokratischen Prozedur, die vor einer kapitalistischen Kartellisierung bewahrt. Es hängt von der Wachsamkeit der beteiligten Parlamente ab, wie weit für solche öffentliche Gebarung das Instrument des Paktes, das allerdings auf stark privatwirtschaftlich durchgesetzten Eigentumsverhältnissen ruht, dem allgemeinen Nutzen dienen wird. Natürlich gibt in der Übergangszeit Deutschland mehr als es bekommt (es ist zunächst am stärksten am Ausgleichsfonds für die niederzulegenden unproduktiven Werke beteiligt), aber wahrscheinlich wachsen durch die Montan-Union die deutschen Möglichkeiten, die Kohlenförderung neu auszustatten, das heißt, es wachsen die Chancen für Investitionen.

Als der Gedanke der Union auftauchte, hatte man noch Angst für den Absatz. Seit Korea, seit der amerikanischen Aufrüstung gibt es nur den Kampf um die Ware. Herr Schumacher kann in dieser Periode nicht gut mit wachsender Arbeitslosigkeit operieren. Freilich, während der halbhundertjährigen Dauer des Paktes sind auch andere Wirtschaftsschwankungen denkbar. Alles läßt sich nicht voraussehen — das tat nur ein Hitler. Man wird mit Schumacher darin übereinstimmen, daß es immer schwierig bleibt, innerhalb von verschiedenen nationalen Räumen freier Wirtschaft allein deren Grundstoffindustrien zu steuern (und zwar auch durch Investitionen): Preise, Ausrüstung, Transport — all das greift tief in die Gesamtwirtschaft ein. Aber müßte mit diesen nur sehr allmählich sich auswirkenden Folgen nicht neues Wasser auf die Planungsmühlen laufen? Schumacher fürchtet, daß die Fortschritte, die mit dem Mitbestimmungsrecht in Deutschland erzielt werden, unter Umständen durch die Verbindung mit den privatwirtschaftlichen Unionspartnern einen Rückschlag erleiden. Hier können Wachsamkeit und Toleranz helfen. Der Plan bietet nur eine Erfahrungsmöglichkeit, er ist schwerlich so grundsätzlich, wie der Führer der Sozialdemokratie ihn sehen und fürchten will. Der Plan ist dann allein wirksam, wenn er gehandhabt werden kann. Wenn man ihn theoretisch ganz festlegen will, kommt er nicht zustande. Insofern gibt es an Stelle des Schuman-Plans keinen Plan Schumacher.

Es bleibt die Saar. Hier besteht eine nicht wegzuleugnende Zweideutigkeit in der französischen Position. Sie beruht auf dem nun einmal erfolgten Vorgriff, der seinerzeit zögernd von England und Amerika gebilligt worden ist. Der Briefwechsel zwischen dem deutschen Bundeskanzler und dem französischen Außenminister, auf den der Pakt der Montan-Union ausdrücklich Bezug nimmt, stellt nur die bestehende Uneinigkeit der Ansichten fest. Es ist fraglich, ob es Robert Schuman möglich gewesen wäre, vor der Montan-Union die Saarfrage grundsätzlich zu regeln. Man könnte eher annehmen, er habe die Montan-Union überhaupt geplant, um das lästige Erbe der Saar, das der Vorstellung Robert Schumans vom deutsch-französischen Verhältnis widersprechen muß, zu überwinden. Für Deutschland gibt es hier im Grunde gar nichts zu diskutieren, für Frankreich wäre es eine Illusion, sich von irgendeiner einseitigen Regelung das Recht einer vollendeten Tatsache versprechen zu wollen. Alle, und doch auch zweifellos Adenauer selbst, werden in diesem Punkt mit Herrn Schumacher einig sein. Wir glauben auch nicht, was angedeutet worden ist, man könne aus dem Saarhindernis eine Brücke der Verständigung machen. Eine solche Funktion des Schuman-Planes würde ihm in deutschen Augen nur abträglich sein. Man wird immer an die Erklärung von Außenminister Schuman vom 6. März 1950 erinnern: „Dieses Abkommen ist eine Interimslösung für den Zeitraum zwischen Deutschlands bedingungsloser Kapitulation und dem Friedensvertrag.“

B. R.